

# Egerszegi: «Ein miserables Zeichen»

**Musikinitiative** Im Aargau laufen alle Fäden der eidg. Musikinitiative zusammen. Doch ausgerechnet die Aargauer Regierung lehnt diese völlig ab.

VON MATHIAS KÜNG

In der Frühlingssession ist im Ständerat die Initiative «Jugend + Musik» traktandiert. Diese will in der Verfassung die Bestimmung verankern, dass Bund und Kantone die musikalische Bildung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, fördern. Die zuständige Bildungscommission hat mit Blick darauf zu einem mittlerweile erarbeiteten, weniger weit gehenden Gegenvorschlag eine Vernehmlassung durchgeführt.

**AG: «Keine weitere Regelung nötig»**

Die Aargauer Regierung nutzte diese und schrieb im Januar, aus ihrer Sicht sei zur Musikbildung grundsätzlich keine weitere Regelung auf Bundesebene nötig. Müsste sie zwischen Initiative und Gegenentwurf entscheiden, würde sie auf Letzteren setzen. Denn im Gegensatz zur Initiative berücksichtige dieser die Schulhoheit der Kantone und trage damit der föderalen Kompetenzordnung Rechnung. Die Regierung kommt zum Schluss: «Die Volksinitiative wird aus ordnungspolitischen Grün-



Enttäuscht von der Regierungsbestimmung: Ständerätin Christine Egerszegi. REMOTE.CH

den abgelehnt.» Das ist natürlich eine vertretbare Haltung einer Kantonsregierung. Wenn sie schon angefragt wird, soll sie ihre Haltung darlegen können.

Pikant ist ihr unzweideutiges Nein gleichwohl, weil der Aargau von dieser Initiative besonders betroffen ist. Getragen wird sie nämlich vom Schweizer Musikrat (SMR), Dachverband von rund 60 Organisationen und Verbänden mit über 600 000 Mitgliedern. Sein Sitz ist in Aarau. Auch der Verein Jugend + Musik ist in Aarau daheim. Der Aargau steuerte mit

17558 gültigen Unterschriften bezogen auf die Bevölkerung weit überdurchschnittlich viel zum Zustandekommen der Initiative bei. Und Präsidentin des Initiativkomitees ist eine Aargauerin: Ständerätin Christine Egerszegi (FDP).

Fuchst es sie, dass ausgerechnet «ihr» Kanton ihre Initiative so zurückweist? Christine Egerszegi versteht das klare Nein nicht. Der Initiativtext sei ja von Rainer Schweizer verfasst, einem bekannten Verfassungsrechtler. Egerszegi ist überzeugt: «Die Initiative kollidiert nicht mit der Hoheit der Kantone.» Für sie geht nicht auf, dass derselbe Kanton, der vor 2 Jahren die Ausdehnung der Sportförderung auf 5-Jährige «enthusiastisch begrüsst», jetzt diese Initiative ablehnt. Egerszegi: «Musik ist für Kinder und Jugendliche doch genauso wichtig wie Sport.» Und aus Sicht der Musikverbände, die ihren Zentralsitz in Aarau haben, ist für sie die Stellungnahme der Regierung erst recht «ein miserables Zeichen».

**Vorentscheid am 21. Februar**

Die Musikinitiative hat letzten Herbst die Hürde des Nationalrats mit 126:57 problemlos geschafft. Am 21. Februar werden sie und der Gegenvorschlag in der Ständeratscommission behandelt. Dort wird ein Vorentscheid über das weitere Schicksal der Initiative fallen.